

# K anzei – I nfo 06/2003

**Rechtsanwalt Hans Jürgen Kotz**  
**Fachanwalt für Arbeitsrecht**

**Siegener Straße 104 ~ 57223 Kreuztal**  
**Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078**

**Homepage:** <http://www.ra-kotz.de> ~ **E-Mail:** [info@ra-kotz.de](mailto:info@ra-kotz.de)

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az. : I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

*Trotz gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge kann eine Haftung für deren Inhalt leider nicht übernommen werden!*

Verfasser: Christian Kotz, Ref. iur., Doktorand der Rechtswissenschaften

## In diesem Monat erläutere ich Ihnen:

- Lärm durch Nachbarn! Welche Ansprüche habe ich hiergegen? (auf Seite 1 ff.)
- Meisterzwang soll für 65 Handwerksberufe aufgehoben werden (auf Seite 5)
- Finanzamt durchforstet Online-Auktionshäuser nach Steuersündern! (auf Seite 5 f.)
- Bundesrat will Jugendstrafrecht verschärfen (auf Seite 6)
- Dialerschutzgesetz: Bundesrat ruft Vermittlungsausschuss an! (auf Seite 6)
- Interessante Urteile – kurz notiert (auf Seite 6 ff.)
- Kurioses zum Schluss (auf Seite 10)

## Juristischer Spruch o.ä. zum Einstieg:

**Wenn du im Recht bist, kannst du dir leisten, die Ruhe zu bewahren;  
und wenn du im Unrecht bist, kannst du dir nicht leisten, sie zu verlieren.**

Mahatma Gandhi (1869 – 1948) – Jurist, Freiheits- und Menschenrechtskämpfer

## Lärm durch die Nachbarn! Welche Ansprüche habe ich hiergegen?

### I. Einleitung:

Wer kennt das nicht, die lieben Nachbarn feiern wieder einmal eine lärmende Party, hören Musik bei einer unerträglichen Lautstärke oder versuchen sich an einem Musikinstrument (z.B. Klavier oder Schlagzeug). Bei allem Verständnis ist jedoch irgendwann einmal der Punkt erreicht an dem man sich überlegt, muss ich diesen Lärm ertragen?!

Man ist jedoch in dieser Situation nicht hilflos. Man kann öffentlich-rechtliche (vgl. II unten) und zivilrechtliche Unterlassungsansprüche (vgl. III auf Seite 3 unten) gegenüber dem Nachbarn wegen des „Lärms“ geltend machen.

### II. zu den öffentlichrechtlichen Unterlassungsansprüchen:

**1. Nach § 117 Ordnungswidrigkeitengesetz** (kurz OWiG) handelt derjenige ordnungswidrig, der ohne berechtigten Anlaß oder in einem unzulässigen oder nach den Umständen vermeidbaren Ausmaß Lärm erregt, der geeignet ist, die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft erheblich zu belästigen oder die Gesundheit eines anderen zu schädigen.

§ 117 OWiG erfaßt insoweit verhaltensbedingten Lärm, d.h. der Lärm der durch eine Person erzeugt wird bzw. der Lärm der durch eine Person „gesteuert“ wird. Zuwiderhandlungen rechtfertigen das Einschreiten

der Polizei (wenn Sie diese um Hilfe bitten) und bei der Verletzung von Strafvorschriften auch der Staatsanwaltschaft.

Insoweit gilt § 117 OWiG für alle Arten von Lärm, also z.B. für nächtliches Geschrei ebenso wie für technische Anlagen, Fahrzeuge, Musikgeräte und musizieren etc.. Gegenüber anderen Ordnungswidrigkeitstatbeständen ist die Vorschrift nachrangig (§ 117 Abs. 2 OWiG). Es handelt sich daher um einen Auffangtatbestand. Speziellere Tatbestände des Bundes- und des Landesrechts gehen vor.

Die Polizei hat Ordnungswidrigkeiten nach pflichtgemäßem Ermessen zu erforschen und alle unaufschiebbaren Anordnungen zu treffen, um eine Verdunkelung der Sache zu verhüten (§ 55 Abs. 1 OWiG). Die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist Sache der Verwaltungsbehörden (§ 35 Abs. 1 OWiG). Bleibt die Ordnungswidrigkeit gering, so kann die Polizei „im ersten Zugriff“ ein Verwarnungsgeld aussprechen (§ 56 Abs. 2 OWiG).

Beim Verwirklichen eines Straftatbestandes (z.B. § 325a Abs. 1 StGB: unzulässiger Lärm durch den Betrieb einer Anlage) eröffnet die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren durch Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Lärmverursacher.

**2.** In NRW kann man sich auch auf das **Landes-Immissionsschutzgesetz (kurz LImSchG)** berufen (in anderen Bundesländern gelten andere Landesgesetze, die aber häufig den gleichen Regelungsinhalt haben).

**a.** Nach § 3 Abs. 1 LImSchG hat sich jeder Bürger so zu verhalten, dass schädliche Umwelteinflüsse vermieden werden, soweit das nach den Umständen des Einzelfalls möglich und zumutbar ist.

**b.** Ferner ist die Nachtruhe nach § 9 LImSchG geschützt. Nach § 9 Abs. 1 LImSchG sind in der Zeit von **22.00 Uhr bis 6.00 Uhr Betätigungen verboten, welche die Nachtruhe zu stören geeignet sind.**

**c.** In der übrigen Zeit dürfen Geräte, die der Schallerzeugung dienen (z.B. Stereoanlage, Klavier, Schlagzeug etc.) **nur in einer solchen Lautstärke benutzt werden, dass unbeteiligte Dritte nicht erheblich belästigt werden** (vgl. § 10 Abs.1 LImSchG).

**d.** Die örtliche Ordnungsbehörde überwacht gem. § 14 Abs.1 S.2 LImSchG die Einhaltung dieser Vorschriften und kann nach Maßgabe des § 15 LImSchG anordnen, dass Zustände beseitigt werden, die diesem Gesetz widersprechen. Eine behördlich festgestellte Tat nach den beschriebenen gesetzlichen Vorgaben wird als Ordnungswidrigkeit gem. § 17 Abs. 1, 3 LImSchG eingestuft und kann im schlimmsten Fall mit einer Geldbuße von bis zu 5.000,00 € geahndet werden.

**3.** Ferner kann sich noch ein öffentlichrechtlicher Unterlassungsanspruch aus dem bauplanungsrechtlichen Gebietscharakter des Wohngebiets ergeben. So bestimmt sich z.B. die in § 3 Abs. 1 Bundesimmissionsschutzgesetz (kurz BImSchG) vorgegebene Erheblichkeitsgrenze (sog. Zumutbarkeitsgrenze) danach, was den Immissionsbetroffenen nach Maßgabe der bauplanungsrechtlich zu bestimmenden Schutzwür-

digkeit des Gebiets, in dem das betreffende Grundstück liegt, unter Berücksichtigung des nachbarrechtlichen Rücksichtnahmegebots zugemutet werden kann. Von Bedeutung ist also die Art des Gebiets (z.B. reines Wohngebiet, Mischgebiet, Gewerbegebiet). Bei der Bestimmung der Gebietsart kommt es auf die rechtlichen Vorgaben zur Nutzung an, insbesondere auf entsprechende Festsetzungen in Bebauungsplänen und auf die Regelungen in der Baunutzungsverordnung. Diese haben Vorrang vor den tatsächlichen Verhältnissen. In reinen Wohngebieten gelten z.B. strengere Maßstäbe als in einem reinen Gewerbegebiet.

### **III. zu den zivilrechtlichen Unterlassungsansprüchen:**

**1. Zivilrechtlich kann man Unterlassungsansprüche aus §§ 1004 i.V.m. 906 BGB geltend machen.**

Ein Unterlassungsanspruch nach § 1004 BGB ist gegeben, wenn eine wesentliche Beeinträchtigung von einem anderen Grundstück nach § 906 BGB ausgeht. Unter einer wesentlichen Beeinträchtigung fallen hier auch Geräusche, die von einem anderen Grundstück ausgehen.

**a.** § 906 BGB knüpft an Grenz- und Richtwerte in Gesetzen, Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften auf der Grundlage von § 48 BImSchG an. Werden diese Geräuschwerte überschritten, so ist in der Regel von einer wesentlichen Immission und damit von einer erheblichen Geräuschbelästigung und einem Unterlassungsanspruch auszugehen. Den Gegenschluß beinhaltet § 906 BGB selbst. Danach liegt in der Regel eine unwesentliche Beeinträchtigung vor, wenn die Werte nicht überschritten werden. Dabei sind diese Grenz- und Richtwerte aber nur eine Orientierungshilfe, keine absolute Größe. Demgemäß werden sie auch nur als Entscheidungshilfe empfohlen. Denn die Meßbarkeit von Lärm und die bestehenden Richtwerte allein spielen nicht die entscheidende Rolle bei der Bewertung von Lärmimmissionen.

**b.** Die gemessene Lautstärke ist bei Geräuschen nur ein Bestandteil, aus der sich die „Lästigkeit“ des Lärms ableiten läßt. Auf die Lästigkeit des Geräusches aber kommt es an. Denn die Grenze der für den Einzelfall zumutbaren Lärmbelästigung kann nicht mathematisch exakt, sondern nur aufgrund einer wertenden Beurteilung festgelegt werden. Neben der Lärmmessung kommt es also auf einzelfallbezogene weitere Kriterien an. Das bedeutet für ein gerichtliches Verfahren, dass der Richter nicht nur ein Lärmmessungsgutachten einholen muss. Er muss vielmehr durch seine eigene Wahrnehmung (z.B. Ortsbesichtigung) entscheiden, ob die Geräusche subjektiv wesentlich beeinträchtigend sind.

Neben der Frage einer Beeinträchtigung und ihrer Einordnung als „wesentlich“ oder „unwesentlich“ kommt es im Rahmen von § 906 BGB entscheidend auf die Ortsüblichkeit der Immission an. Insoweit gelten allgemeine Kriterien.

**c.** So hat der Nachbar eines Volksfestes grundsätzlich unter dem Gesichtspunkt des nachbarlichen Gemeinschaftsverhältnisses keine über § 906 BGB hinausgehenden Duldungspflichten. Auch kann dem Eigentümer eines durch Lärm beeinträchtigten Grundstücks nicht angetragen werden, er möge selbst Gäste einladen und mitfeiern oder er könne ja am nächsten Morgen länger ausschlafen. Auch der Umstand, dass

noch woanders gefeiert wird, führt nicht zu einer Ortsüblichkeit der von einer Feier ausgehenden Lärmimmissionen.

**d.** Bei nachbarlichen „Lärmstreitigkeiten“ ist ferner das Gebot der nachbarlichen Rücksichtnahme zu beachten. So unterliegt zum Beispiel die Musikausübung im Haus, sei es durch das Spielen eigener Instrumente, sei es durch das Abspielen von Tonträgern, dem Gebot der nachbarlichen Rücksichtnahme. Daraus kann sich ergeben, dass zeitliche Beschränkungen in Bezug auf die Dauer und die Tageszeit der Musikausübung entstehen (so auch LG Nürnberg-Fürth, Az.: 13 S 5296/90, Urteil vom 17.09.1991 und AG Rheinberg, Az.: 5 C 199/89, Urteil vom 18.01.1990).

Besonders in Reihenhäusern kann bei Hellhörigkeit der Gestörte vom Störer verlangen, **daß in der Zeit zwischen 22 und 8 Uhr und 13 und 15 Uhr nicht musiziert wird** und darüber hinaus auch Saxophon oder Klarinette etc. werktags nur 2 Stunden und sonntags nur 1 Stunde gespielt werden.

**2.** Die zivilrechtlichen Unterlassungsansprüche muss man im schlimmsten Fall bei Gericht einklagen. Bevor Sie jedoch eine solche Klage in NRW erheben können, müssen nach dem Gesetz zur Ausführung des § 15a ZPO in Nordrhein-Westfalen ein „obligatorisches außergerichtliches Streitschlichtungsverfahren“ vor einer anerkannten Gütestelle durchgeführt haben. D.h. man muss sich mit seinem Nachbarn vor einer Gütestelle treffen und dort den Sachverhalt nochmals durchgehen. Häufig kann jedoch auch hier keine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Etwas anderes gilt nur, wenn sich bei dem Lärmverursacher um einen gewerblichen Betrieb handelt. Hier kann sofort geklagt werden!

#### **IV. Vorgehensweise gegenüber Ihrem Nachbarn:**

**1.** Man sollte bei einer Lärmstörung zunächst mit dem Nachbarn sprechen und diesem die möglichen Unterlassungsansprüche darlegen. Vielleicht bieten sich Zeitfenster an, an denen man selbst arbeitet oder nicht zu Hause ist und der Nachbar in dieser Zeit musiziert, Feste feiert etc..

**2.** Führt ein klärendes Gespräch nicht zum Erfolg, sollte bei einer konkreten Lärmbelästigung die Polizei eingeschaltet werden. Die Polizei muss insoweit diese Ordnungswidrigkeiten verfolgen.

**3.** Kommt es zu weiteren und dauerhaften Lärmbelästigungen, sollte man zur Beweissicherung und zur Vorbereitung eines späteren gerichtlichen Verfahrens in Form einer einstweiligen Verfügung und/oder Unterlassungsklage ein „Lärmprotokoll“ führen. Dazu sind Datum und Uhrzeit der Störung, die Lärmart sowie in Betracht kommende Zeugen des Vorfalls mit Namen, Vornamen und Anschrift konkret schriftlich festzuhalten.

Ferner kann man unter Umständen ein privates Lärmgutachten in Auftrag geben. In einem späteren Prozeß kann ein solches privates Lärmgutachten zwar nur bei Einverständnis des Gegners als Beweismittel verwertet werden, dennoch ist ein solches Gutachten sinnvoll. Denn einerseits muß der Lärmverursacher im Gegensatz zu behördlichen oder gerichtlich veranlagten Gutachten nicht von den bevorstehenden örtli-

chen Messungen vorab informiert werden. Andererseits kann der Gutachter im Prozeß als Zeuge vernommen werden. Dies kann zur Unterstützung der eigenen Position sehr hilfreich sein (*die Kosten hierfür zahlt in der Regel die Rechtchutzversicherung*)!

4. Auf diesen Grundlagen kann dann ein verwaltungsgerichtliches oder zivilgerichtliches Streitverfahren stattfinden. Man kann unter Umständen auch eine einstweilige Verfügung gegenüber dem Nachbar erwirken, dies ist jedoch nur in schweren und eilbedürftigen Fällen möglich.

### **Aus der Politik etc.:**

#### **I. Meisterzwang soll für 65 Handwerksberufe aufgehoben werden!**

Das Bundeskabinett hat eine Reform des Handwerksrechts beschlossen, hiernach soll der Meisterzwang in 65 Handwerksberufen abgeschafft werden. Es soll nach der Reform nur noch 29 Meisterberufe bei „gefahreneneigten“ Tätigkeiten geben.

In den Gewerben, in denen der Meisterzwang aufgehoben wird, können sich Gesellen nach 10-jähriger Berufserfahrung - davon 5 Jahre in herausgehobener, verantwortungsvoller oder leitender Stellung - selbstständig machen. Ferner wird das Inhaberprinzip aufgehoben. Damit können auch bei den gefahreneneigten Handwerken natürliche Personen und Personengesellschaften sowie Kapitalgesellschaften einen Meister beschäftigen und so einen Meisterbetrieb führen. Zudem sollen Existenzgründer in den ersten 4 Jahren von Kammerbeiträgen befreit werden. Im übrigen bleibt die bisherige „Meisterstruktur des Handwerks“ als Basis der Ausbildung bestehen.

Nach der Reform sollen künftig nur noch folgende Handwerksberufe dem Meisterzwang unterliegen:

Maurer/Betonbauer, Ofen-/Luftheizungsbauer, Zimmerer, Dachdecker, Straßenbauer, Gerüstbauer, Schornsteinfeger, Metallbauer, Karosserie-/Fahrzeugbauer, Feinwerkmechaniker, Zweiradmechaniker, Kälteanlagenbauer, Kraftfahrzeugtechniker, Landmaschinenmechaniker, Klempner, Installateur/Heizungsbauer, Elektrotechniker, Elektromaschinenbauer, Tischler, Boots- und Schiffbauer, Seiler, Augenoptiker, Hörgeräteakustiker, Orthopädietechniker, Orthopädieschuhmacher, Zahntechniker, Glaser, Glasbläser/Glasapparatebauer, Vulkaniseure/Reifenmechaniker.

#### **II. Finanzamt durchforstet Online-Auktionshäuser nach Steuersündern!**

Das Bundesamt für Finanzen will mit einer neuen Suchmaschine „XPIDER“ Online-Auktionshäuser, Gebrauchtwagenbörsen und Kleinanzeigenforen nach Steuersündern durchforsten!

1. Die eingesetzte Suchmaschine soll in der Lage sein, Verkaufsplattformen jedweder Art zu durchforsten, Querverbindungen zwischen An- und Verkäufen herzustellen und mit dem Handelsregister oder internen Datenbanken des Bundesamtes abzugleichen. Alle so gefundenen steuerlich relevanten Daten werden angeblich als vor Gericht verwertbare Beweise gesichert. George Orwell lässt grüßen! Durch die neue Suchmaschine geraten nicht nur Gewerbetreibende unter Verdacht, sondern auch Privatanbieter, die Waren im großen Stil anbieten. Diese müssen ebenfalls mit Anfragen der Finanzämter rechnen (vgl. hierzu § 15 Abs.2 Einkommenssteuergesetz).

2. Hintergrund für diese Maßnahmen ist der florierende Online-Handel. Allein beim Online-Auktionshaus eBay wurde im Jahr 2002 mit Waren im Gesamtwert von ca. 15 Milliarden \$ gehandelt. Ferner wurden in Deutschland im Weihnachtsgeschäft 2002 Waren für ca. 2 Milliarden € online verkauft.

### III. Bundesrat will Jugendstrafrecht verschärfen!

Der Bundesrat will das Jugendstrafrecht verschärfen. Aufgrund des Anstiegs der Jugendkriminalität soll ein „Warnschuss-Arrest“ eingeführt werden. Dieser Arrest soll neben einer zur Bewährung ausgesetzten Verhängung oder Vollstreckung der Jugendstrafe angeordnet werden können. Ferner soll der Rahmen der Jugendstrafe von 10 auf 15 Jahre erhöht werden. Zudem sieht der Gesetzentwurf eine Meldepflicht und die Möglichkeit der Verhängung eines eigenständigen Fahrverbots vor.

### IV. Bundesrat ruft wegen „Dialerschutzgesetz“ den Vermittlungsausschuss an!

Der Bundesrat hat dem vom Bundestag verabschiedeten „Dialerschutzgesetz“ nicht zugestimmt und rief diesbezüglich den Vermittlungsausschuss an (vgl. BR-Drs. 395/03). Die Bundesländer stimmen dem Gesetz zwar grundsätzlich zu, wollen aber weitergehende Regelungen erreichen. So sollen die neuen Regelungen für alle Rufnummern und nicht nur für 0190- und 0900-Nummern gelten, um einen Missbrauch zu verhindern. Ferner sollen nach Vorstellung der Bundesländer, in jeder Telefonrechnung die Entgelte für Netzbetreiber und Anbieter von Mehrwertdiensten gesondert ausgewiesen und dem Verbraucher das Recht zugestanden werden, gegen den Einzug der Gebühren Einwendungen zu erheben. Erhebt der Kunde Einwendungen so muss der Mehrwertdiensteanbieter seine Entgeltansprüche unmittelbar gegenüber dem Endkunden geltend machen und belegen.

Anmerkung: Bzgl. der möglichen Regelungen des neuen „Dialerschutzgesetzes“ vgl. Sie bitte die Kanzlei-Info 02/2003 (Abruf auch im Internet unter <http://www.ra-kotz.de/kanzleinfos.htm> als Pdf-Datei möglich!).

### Interessante Urteile – Kurz notiert!

#### I. EC-Karte gestohlen - Abhebung mit Pin-Nummer: Anscheinsbeweis für fahrlässige Aufbewahrung? Landgericht Osnabrück – Az.: 7 S 641/02 – Urteil vom 04.02.2003 – rechtskräftig!

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Wurden nach einem behaupteten EC-Kartendiebstahl Abhebungen mit der richtigen PIN-Nummer getätigt, so ist noch kein Anscheinsbeweis für eine unsachgemäße Aufbewahrung der PIN-Nummer durch den Bankkunden gegeben. Die korrekte PIN-Nummer kann nämlich auch einfach „ausgespäht“ worden sein.

**Sachverhalt:** Der klagende Kunde hatte von seiner Bank eine Kreditkarte und eine EC-Karte zur Verfügung gestellt bekommen. Nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank beschränkt sich die Haftung des Kunden bei Diebstahl und/oder Missbrauch auf einen Höchstbetrag von 100 DM, es sei denn, dass er seine Pflichten grob fahrlässig verletzt (z.B. wenn er die PIN auf der Karte vermerkt oder die Nummer zusammen mit dieser verwahrt).

Nach Angaben des Klägers, wurde ihm sein Portemonnaie mit der Kreditkarte an einer Tankstelle gestohlen, nachdem er an dieser getankt und mit seiner EC-Karte bezahlt hatte. Mit der gestohlenen Kreditkarte

wurden später 4 Bargeldabhebungen von je 1.000 DM vorgenommen. Die beklagte Bank verweigerte den Ersatz des Schadens mit der Begründung, dass die PIN-Eingabe bei der Kreditkarte in allen Fällen ohne Fehler erfolgt sei. Daher spreche der Anschein dafür, dass der Kläger das Geld entweder selbst abgehoben oder die PIN unsachgemäß aufbewahrt hat.

**Entscheidungsgründe:** Das Landgericht Osnabrück gab der Klage des Bankkunden statt. Denn unabhängig von elektronischen Möglichkeiten ist ein einfaches „Ausspähen“ der PIN durch Dritte möglich. Es gibt bei vielen Bankautomaten, Kassenautomaten etc. Einsichtsmöglichkeiten um die PIN-Nummer auszuspähen. So kommen in Geschäften lediglich handgroße Terminals zur Anwendung, die kaum Sichtschutz bieten und leicht von anderen Kunden vor und hinter den Kassen eingesehen werden können. Da Kartenkunden derzeit nicht ausreichend gegen ein „Ausspähen“ ihrer PIN-Nummer geschützt sind, ist ein Anscheinsbeweis zu Lasten der Bankkunden nicht berechtigt.

<b>II. Verlust der EC-Karte muss unverzüglich der Bank gemeldet werden!</b> <b>Landgericht Trier – Az.: 3 S 125/02 – Urteil vom 03.04.2003</b>
---

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Bankkunden müssen ihrer Bank den Verlust ihrer EC-Karte unverzüglich innerhalb weniger Stunden nach Kenntnis melden. Andernfalls trägt der Bankkunde eine Mitschuld am entstandenen Schaden.

**Sachverhalt:** Der Klägerin wurde ihre EC-Karte an ihrer Arbeitsstätte in einem allgemein zugänglichen Aufenthaltsraum gestohlen. In den darauf folgenden Tagen hob der Dieb vom Girokonto der Klägerin insgesamt 822 Euro ab. Erst 2 Tage, nachdem die Klägerin den Verlust der EC-Karte bemerkt hatte, informierte sie ihre Bank. Diese verweigerte eine Rückerstattung der 822 Euro.

**Entscheidungsgründe:** Das Landgericht Trier wies die Klage der Bankkundin ab, da sie ihre Sorgfalts- und Mitwirkungspflichten grob fahrlässig verletzt hat.

Die Klägerin hat zum einen ihre EC-Karte nicht sicher aufbewahrt und zum anderen hätte sie ihrer Bank den Verlust unverzüglich melden müssen. Eine Meldung des Kartenverlustes muss binnen weniger Stunden nach Kenntnis vom Kartenverlust an die Bank erfolgen.

<b>III. Bei Unfallflucht besteht unter Umständen kein Vollkasko- bzw. Kaskoschutz!</b> <b>OLG Oldenburg – Az.: 3 U 2/03 – Urteil vom 30.04.2003</b>
--

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Begeht ein Autofahrer nach einem Unfall eine Unfallflucht, so muss seine Vollkasko- bzw. Kaskoversicherung nicht für den Unfall eintreten. Dies gilt auch dann, wenn der Autofahrer in „tätiger Reue“ den Unfall am Folgetag bei der Polizei meldet, so dass der § 142 StGB (Unfallflucht) unter Umständen nicht gegeben ist.

**Sachverhalt:** Der klagende Autofahrer war mit seinem Wagen von der Fahrbahn abgekommen. Hierbei überfuhr er ein Straßenschild und durchfuhr ein Gartengrundstück. Es wurden neben dem Straßenschild mehrere Bäume und Büsche beschädigt. Erst am nächsten Tag meldete er sich bei der Polizei. Seine Versicherung weigerte sich, den Schaden an seinem Fahrzeug zu ersetzen. Begründet wurde dies damit, dass

der Kläger mit seiner Unfallflucht gegen seine Vertragspflicht verstoßen habe, alles zu unternehmen, was der Aufklärung des Versicherungsfalles dient.

**Entscheidungsgründe:** Das OLG Oldenburg wies die Klage des Autofahrers ab. Der Straftatbestand des Unerlaubten Entfernens vom Unfallort gem. § 142 StGB soll die Schadensersatzansprüche geschädigter Dritter sichern. Demgegenüber geht es in der Kaskoversicherung in erster Linie darum zu prüfen, ob der Unfall vom Versicherungsnehmer grob fahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführt worden ist. Denn bei grober Fahrlässigkeit oder vorsätzlichem Handeln wird der Versicherer leistungsfrei.

<b>IV. Bei 1,6 Promille hat ein Autofahrer stets eine Mitschuld an einem Unfall!</b> <b>OLG Frankfurt am Main – Az.: 17 U 220/01</b>
---

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Bei einem Blutalkoholwert von 1,6 Promille hat ein Autofahrer stets eine Mitschuld an einem Unfall. Der Autofahrer kann sich in einem solchen Fall nicht darauf berufen, dass der Unfall für ihn ein unabwendbares Ereignis gewesen sei. Vielmehr kann vermutet werden, dass der Unfall einen leichteren Verlauf genommen hätte, wenn der Autofahrer nicht betrunken gewesen wäre.

**Sachverhalt:** Ein entgegenkommender Wagen war plötzlich abgebogen und der klagende Autofahrer war mit 1,6 Promille in diesen gefahren. Er machte gegenüber der Versicherung geltend, dass dieser Unfall auch für einen „nüchternen“ Idealfahrer nicht vermeidbar gewesen wäre.

**Entscheidungsgründe:** Das Gericht sah dies jedoch anders und gab dem klagenden Autofahrer eine Mitschuld von 20 % an dem Unfall.

<b>V. Unfallwagen dürfen grundsätzlich ohne Rückfrage bei der Versicherung verkauft werden!</b> <b>LG Köln – Az.: 19 S 166/02 – Urteil vom 15.01.2003</b>
--

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Ein Geschädigter ist bei einem unverschuldeten Unfall nicht gezwungen, bei der Haftpflichtversicherung des Schädigers ein Restwertgebot einzuholen, bevor er sein Fahrzeug verkauft. Wenn er ein Sachverständigengutachten zur Schadenshöhe eingeholt hat, darf er den ermittelten Restwert zu Grunde legen und das Fahrzeug zu diesem Preis verkaufen.

**Sachverhalt:** Der Beklagte war unverschuldet in einen Verkehrsunfall verwickelt worden. Hierbei wurde sein Fahrzeug erheblich beschädigt. Er holte daraufhin ein Sachverständigengutachten ein, in dem der Restwert des Fahrzeugs festgestellt wurde. Zu dem vom Sachverständigen ermittelten Restwert verkaufte der Beklagte den Wagen. Die Klägerin (Versicherung des Unfallverursachers) war der Auffassung, dass der Restwert zu niedrig geschätzt worden sei. Sie hätte den Wagen zu einem viel höheren Preis verkaufen können. Mit dem Verkauf des Wagens zu dem geringeren Preis habe der Beklagte daher gegen seine Schadensminderungspflicht verstoßen.

**Entscheidungsgründe:** Das Landgericht wies die Klage der Versicherung ab. Der geschädigte Autofahrer darf den Feststellungen eines Sachverständigen zum Wert seines Wagens vertrauen. Er muss auch nicht mit der Verwertung seines Fahrzeugs warten, bis die gegnerische Versicherung Gelegenheit hatte,



vom Inhalt des Gutachtens Kenntnis zu nehmen und gegebenenfalls ein höheres Restwertangebot zu unterbreiten.

<b>VI. Wandelung eines Kfz-Kaufvertrags bei nachträglich entdecktem Unfallschaden möglich? OLG Bamberg – Az.: 6 U 14/03 – Urteil vom 20.05.2003</b>
---

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Ein Gebrauchtwagenkäufer kann den Kaufvertrag über einen Gebrauchtwagen wandeln, wenn er an diesem nachträglich erhebliche Unfallschäden entdeckt, auf die er nicht hingewiesen wurde. Dies gilt auch für den Fall, wenn der Verkäufer ein Privatmann ist und von der Beschädigung keine Kenntnis hatte.

**Sachverhalt:** Der klagende Käufer hatte von der Beklagten über das Internet einen Gebrauchtwagen gekauft. Die Beklagte hatte zwar in der Anzeige darauf hingewiesen, dass es sich um einen Unfallwagen mit Frontschaden handelt. Später stellte der Käufer jedoch fest, dass nicht nur die Fahrzeugfront, sondern auch das Heck, die Seitenteile, das Dach sowie der Boden erheblich beschädigt waren. Die Beklagte behauptete hingegen, dass sie von den weiteren Unfallschäden keine Kenntnis gehabt habe.

**Entscheidungsgründe:** Das OLG Bamberg gab der Klage auf Rückzahlung des Kaufpreises gegen Rückgabe des Fahrzeugs statt. Nach Ansicht des OLG Bamberg kommt es nicht darauf an, ob die Beklagte Kenntnis von den weiteren Schäden hatte oder nicht. Das Fahrzeug war aufgrund des erheblichen weiteren Schadens mangelhaft. Da kein Gewährleistungsausschluss vereinbart war, konnte der Kläger den Kaufvertrag wandeln.

<b>VII. Einem Schornsteinfeger muss freier Zutritt zum Dach, zur Heizung etc. gewährt werden! OVG Rheinland-Pfalz – Az.: 6 B 10703/03.OVG – Beschluss vom 29.04.2003</b>
--

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Jeder Hauseigentümer, Mieter etc. ist gesetzlich dazu verpflichtet, den Schornsteinfegermeister und/oder seine Mitarbeiter ins Haus zu lassen. Wird der Zutritt verweigert, darf er notfalls auch mit körperlicher Gewalt durchgesetzt werden.

**Sachverhalt:** Ein Hauseigentümer hatte sich geweigert, dem Schornsteinfeger die gesetzlich vorgeschriebenen Kehr- und Überprüfungsarbeiten sowie Messungen an seiner neuen Heizungsanlage zu ermöglichen.

**Entscheidungsgründe:** Ein Hauseigentümer muss den freien Zutritt zu seinem Haus ermöglichen. Macht er dies nicht, so kann sich die zuständige Ordnungsbehörde - notfalls auch durch körperliche Gewalt - Zutritt zu den betreffenden Räumen verschaffen, damit die notwendigen Arbeiten und Kontrollen durch den Schornsteinfeger durchgeführt werden können.

<b>VIII. Neue kurze Kündigungsfristen gelten nicht für Mieter mit formularmäßigen Altverträgen! Bundesgerichtshof – Az.: VIII ZR 324/02 u.a. – Urteil vom 18.06.2003</b>
--

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Die neue kurze 3-Monatsfrist des § 573 c BGB für die Kündigung einer Wohnung durch den Mieter gilt nicht für vor dem 01.09.2001 abgeschlossene Altverträge, in denen hiervon abweichende Kündigungsfristen vereinbart worden sind. Dies betrifft auch formularmäßige Altverträge, in denen die damaligen - nach Mietdauer gestaffelten - gesetzlichen Kündigungsfristen wörtlich oder sinngemäß wiedergegeben wurden.

**Sachverhalt:** Im vorliegenden Fall wollten langjährige Mieter (über 10 Jahre) ihre Mietverträge entsprechend der seit dem 01.09.2001 geltenden Regelung des § 573c BGB mit einer Frist von 3 Monaten kündigen. Den Mietverhältnissen lagen vor der Mietrechtsreform zum 01.09.2001 abgeschlossene Formularverträge zugrunde. In diesen waren die damaligen - nach Mietdauer gestaffelten - gesetzlichen Kündigungsfristen wörtlich wiedergegeben. Die Vermieter bestanden auf die Einhaltung der längeren, vertraglich vereinbarten Kündigungsfrist.

**Entscheidungsgründe:** Der Bundesgerichtshof gab den Vermietern recht. Die Mieter müssen sich an die vertragliche vereinbarte Kündigungsfrist halten. Nach der Übergangsvorschrift des Art. 229 § 3 Abs. 10 EGBGB gilt eine von der gesetzlichen 3-Monatsfrist abweichende (längere) Kündigungsfrist, wenn dies vor dem 01.09.2001 „durch Vertrag vereinbart“ worden ist. Eine derartige vertragliche Vereinbarung liegt auch vor, wenn in einer Formulklausel die früheren gesetzlichen Kündigungsfristen wörtlich oder sinngemäß wiedergegeben wurden.

<b>Kurioses:</b>
------------------

Das ist die beste Anwaltsgeschichte des Jahres und wohl auch des Jahrzehnts. Sie ist wahr und hat den 1. Platz im amerikanischen „*Wettbewerb der Strafverteidiger*“ (Criminal Lawyer Award Contest) gewonnen:

In Charlotte, NC, kaufte ein Rechtsanwalt eine Kiste mit sehr seltenen und sehr teuren Zigarren und versicherte diese dann, unter anderem, gegen Feuerschaden. Über die nächsten Monate rauchte er die Zigarren vollständig auf und forderte die Versicherung auf (die erste Prämienzahlung war noch nicht einmal erbracht), den Schaden zu ersetzen. In seinem Anspruchsschreiben führte der Anwalt aus, dass die Zigarren „durch eine Serie kleiner Feuerschäden“ vernichtet worden seien.

Die Versicherung weigerte sich zu bezahlen mit der einleuchtenden Argumentation, dass er die Zigarren bestimmungsgemäß verbraucht habe.

Der Rechtsanwalt klagte und gewann! Das Gericht stimmte mit der Versicherung überein, dass der Anspruch unverschämte sei, doch ergab sich aus der Versicherungspolice, dass die Zigarren gegen jede Art von Feuer versichert seien und Haftungsausschlüsse nicht bestünden. Folglich müsse die Versicherung bezahlen, was sie selbst vereinbart und unterschrieben habe.

Statt ein langes und teures Berufungsverfahren anzustrengen akzeptierte die Versicherung das Urteil und bezahlte 15.000\$ an den Rechtsanwalt, der seine Zigarren in den zahlreichen „Feuerschäden“ verloren hatte.

Nachdem der Anwalt den Scheck der Versicherung eingelöst hatte, wurde er auf deren Antrag wegen 24 facher Brandstiftung verhaftet.

Unter Hinweis auf seine zivilrechtliche Klage und seine Angaben vor Gericht wurde er wegen „vorsätzlicher Inbrandsetzung seines versichertem Eigentums“ zu 24 Monaten Freiheitsstrafe (ohne Bewährung) und 24.000\$ Geldstrafe verurteilt.